

DAS THEMA

Etwa zwei Drittel der Teilnehmer von Neonazi-Konzerten in Thüringen im vergangenen Jahr sind junge Menschen im Alter von 20 bis 30 Jahren, die meisten kommen auch aus Thüringen.

Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraction im Thüringer Landtag, hatte sich mit drei Kleinen Anfragen an die Landesregierung gewandt, damit die von der Polizei im letzten Jahr erhobenen Anreise-Daten bei Neonazi-Konzerten anonymisiert ausgewertet werden, um Rückschlüsse auf die Herkunft der Teilnehmer zu ermöglichen. Demnach waren 21 Prozent zwischen 20 und 24 Jahre alt, 45 Prozent zwischen 25 und 30 und 29 Prozent zwischen 31 und 45. Konzertteilnehmer unter 20 und über 45 Jahre wurden vergleichsweise weniger ange-

Rechtsrock für braune Ideologie

Katharina König zu Angaben über Neonazi-Konzerte

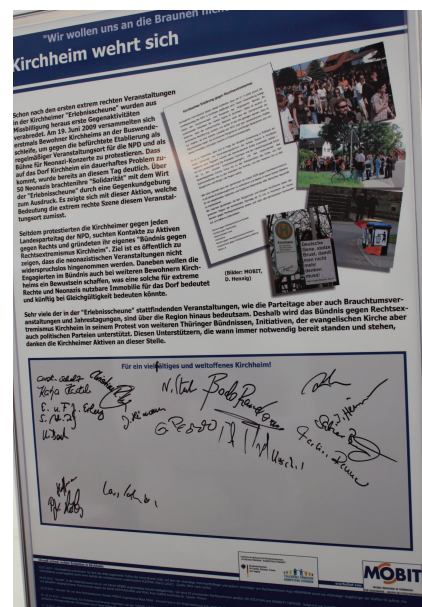
troffen. Der Frauenanteil lag bei circa einem Viertel. 79 Prozent der kontrollierten Personen stammten aus Thüringen, 19 Prozent aus anderen Bundesländern, darunter besonders häufig aus Sachsen und Bayern.

„Rechtsrock verfestigt neonazistische Ideologie, und mit der braunen Erlebniskultur werden gerade junge Menschen noch stärker an die Szene gebunden“, so die Abgeordnete. Dass solche Musikveranstaltungen in Thüringen vor allem als Einfallstor in die menschenverachtende Ideologie dienen, geht auch aus der Auswertung der Polizeidaten hervor: 27 Prozent der Teilnehmer von Neonazi-Konzerten in

rechten Thüringer Musikszene, darunter ein Szene-Liedermacher aus Erfurt. Vorgeworfen wird den aktuell sieben Beschuldigten „Brandstiftung, Erpressung und Entführung sowie nationalsozialistische Wiederbetätigung“.

Die Thüringer Polizei führte bei knapp einem Dutzend Neonazi-Konzerten im letzten Jahr fast 750 Identitätsfeststellungen bei der Anreise oder bei Konzertauflosungen durch. Die daraus jetzt abgeleiteten Angaben sind ungefähre Werte, da bei den Kontrollen z.T. anreisende Teilnehmer wegen der absehbaren Polizeipräsenz auf eine Teilnahme verzichteten, Platzverweise erhielten oder von den Polizeikräften nicht als potentielle Teilnehmer gezählt wurden. „Dass Neonazis nicht locker lassen und die in Thüringen zur Verfügung stehenden Immobilien rege nutzen, belegt auch der Umstand, dass die braune Musikszene aktuell ein Konzert mit mehreren populären Szenebands aus dem ‚Hatecore‘-Bereich (rechter Hardcore-Musik) in Kirchheim bei Arnstadt vorbereitet“, informierte Katharina König.

Im besagten Objekt „Romantischer Fachwerkhof“ in Kirchheim - s. Archiv-Foto: Bündnis-Aktion „Kirchheim wehrt sich“ - fanden in den letzten drei Jahren bereits über 60 Neonazi-Konzerte und Veranstaltungen statt, wie aus einer weiteren Anfrage der Abgeordneten hervorging. „Egal ob in Kirchheim, Crawinkel, Saalfeld oder jetzt auch in Ballstädt, es gilt, diese Strukturen zurückzudrängen und den braunen Musiksumpf trocken zu legen“, so die Abgeordnete, die dazu aufruft, „jederzeit und überall neonazistischen Strukturen entgegenzutreten“.



Tagung: „Alles, was ich noch möchte, sind Antworten“

Mit einer öffentlichen Tagung am Donnerstag, den 14. November, unter dem Titel „Alles, was ich noch möchte, sind Antworten - Zwei Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU“ will die Linksfraction im Thüringer Landtag den Fokus darauf richten, was sich seit dem Bekanntwerden der rechten Terrorserie in Deutschland und Thüringen verändert hat. Der Eingangsvortrag von Professor Fabian Virchow (Düsseldorf) „Der NSU als Prisma - Rechtsterrorismus in Deutschland“ beginnt 16 Uhr. Begleitend zur Tagung dokumentiert die JG-Stadtmitte Jena mit ihrer Ausstellung „Nichts gehört - nichts gesehen - nichts gewusst“ die Entwicklung rechter Gewalt und Strukturen in Thüringen. Ab 17 Uhr steht die Perspektive der Opfer der NSU-Mordserie im Vordergrund. In Köln verübte die Neonazi-Gruppe aus Jena einen Nagelbombenanschlag in der Keupstraße und einen Sprengstoffanschlag in der Probstegasse. Mit Özdemir, der Vorsitzende der IG Keupstraße Köln wird

im Landtag über die Auswirkungen der Anschläge, die Ermittlungen der Polizei und den Umgang mit den Anschlägen heute berichten. Die Journalistin Heike Klefner, welche das Rechercheprojekt „Todesopfer rechter Gewalt“ mit initiiert hat, wird über den Umgang mit Betroffenen rassistischer und rechter Gewalt informieren.

Ab 18 Uhr wird der laufende Gerichtsprozess Thema sein: Die erst kürzlich mit dem „Otto Brenner Preis“ ausgezeichnete Initiative „NSU-Watch“, welche den Prozess von Beginn an begleitet und Protokolle der Sitzungen auf deutsch und türkisch veröffentlicht, erzählt ihre Beobachtungen. Den Abschluss bildet ab 19 Uhr eine Podiumsdiskussion darüber, was sich konkret seit dem 4. November 2011 hierzulande verändert hat. Unter den Teilnehmern befinden sich neben Mitat Özdemir von der IG-Keupstraße und NSU-Watch auch Dorothea Marx, Mitglied des Thüringer NSU-Ausschusses für die SPD, und Katharina

König, Mitglied des NSU-Ausschusses für DIE LINKE. Angefragt ist ebenso ein Vertreter der Thüringer Polizei.

„Die mörderische Neonazi-Gruppe kam aus Thüringen, radikalisierte und vernetzte sich von hier aus, viele der Helfer stammen aus dem Freistaat, die meisten davon haben sich ideologisch nicht geändert, einige sind weiterhin für die rechte Szene aktiv. Durch das von politischen Verantwortungssträgern und Behörden damals geschaffene Klima, z.B. durch die Anwendung der unwissenschaftlichen Extremismustheorie, hatten Neonazis leichtes Spiel. Seit dem 4. November 2011 hat sich einiges getan, vieles aber noch nicht. Am 14. November wollen wir zurückschauen auf die Entwicklung der letzten 24 Monate und Perspektiven diskutieren“, betont Katharina König.



KURZ UND PRÄGNANT

Fehlsteuerung

„Dass derzeit mehr als 1.200 betriebliche Ausbildungsplätze unbesetzt sind, ist eine Seite des Problems. Das wahre Ausmaß wird jedoch deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass mehr als ein Drittel der Jugendlichen, die sich in Thüringen um einen betrieblichen Ausbildungsplatz bewerben, keinen bekommen, weder in der von ihnen gewünschten Richtung, noch in einer anderen“, so MdL Susanne Hennig.

„Obwohl heute mehr Ausbildungsplätze als junge Menschen zur Verfügung stehen, verschwinden nach wie vor tausende Bewerberinnen und Bewerber aus der Statistik, hunderte landen noch immer in Ersatzausbildungen und Praktika ohne Berufsqualifizierung. Das ist das Ergebnis klassischer politischer Fehlsteuerung! Die Ausbildungsqualität ist in einigen Branchen anhaltend schlecht und die Zahl der Abbrecher steigt eher als dass sie sinkt, mit hohen Kosten für die betroffenen Jugendlichen und die Betriebe. Hier muss etwas getan werden.“

Bürgerbegehren

„Bürgerbegehren in freier Unterschriften-Sammlung auf Straßen und Plätzen in Thüringen müssen gebührenfrei sein. Alles andere wäre eine Farce und führt zu einer massiven Einschränkung von direkter Demokratie“, so MdL Frank Kuschel. Er kündigte eine Gesetzesinitiative der LINKEN im November-Plenum des Landtags an, mit der Bürgerinitiativen von Kosten für Infostände freigestellt werden sollen. Zudem sollen Stände im öffentlichen Verkehrsraum gebührenfrei zugelassen werden.

Dazu bedürfte es einer Änderung des Thüringer Verwaltungskosten- und Straßengesetzes. In der kommunalen Praxis wird vermehrt dazu übergegangen, Gebühren zu erheben. Damit wird die freie Sammlung bei Bürgerbegehren gegenüber der Sammlung durch Eintragung in amtlich ausgelegte Listen erheblich schlechter gestellt, denn in diesem Fall erstattet das Land den Gemeinden die notwendigen zusätzlichen Kosten, die ihnen durch die Unterschriftenleistung in Eintragungsräumen entstehen.

Das Durchführen von Bürgerbegehren in freier Sammlung wird für die Initiatoren in einem erheblichen Maße eingeschränkt und zum Teil faktisch unmöglich gemacht. So mussten beispielsweise für das im Ilm-Kreis durchgeführte Bürgerbegehren zur Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft Standgebühren von 100 Euro aufgebracht werden. „Dem muss der Gesetzgeber künftig einen Riegel vorschieben“, forderte Frank Kuschel.